Helaba

Im Fokus: Länder
22. Januar 2026

Österreich: Die Quadratur aus Sparen und Wachstum

Der Aufschwung festigt sich. Die Regierung ergreift Maßnahmen, um die hohe Inflation zu bremsen. Gleichzeitig will sie den Haushalt konsolidieren und den Mietmarkt entlasten.



Marion Dezenter
Senior Country Analyst
Tel. 069/91 32-28 41

Für das österreichische Bruttoinlandsprodukt (BIP) ging es nach einem Schrumpfungsprozess im letzten Jahr wieder nach oben, auch wenn das Plus mit 0,6 % überschaubar blieb. Für **2026** ist mit einer Fortsetzung des vorsichtigen Aufwärtstrends zu rechnen: Mit Unterstützung vom privaten Verbrauch sollte die Wirtschaft **um 1,3 %** wachsen. Außerdem wirkt sich aufgrund der intensiven Handelsbeziehungen zu Deutschland auch die dortige kräftige Ausweitung der Staatsausgaben günstig aus. Denn rund ein Drittel der österreichischen Warenexporte geht ins Nachbarland, zwei Drittel werden in die EU geliefert. Unsicherheiten in der **Geopolitik und in der US-Handelspolitik** sowie die Notwendigkeit, den Haushalt zu konsolidieren, begrenzen allerdings das Aufwärtspotenzial.

		2024	2025s	2026p	2027p
BIP, real*	% gg. Vj.	-0,8	0,6	1,3	1,5
Inflationsrate	% gg. Vj.	2,9	3,6	2,5	2,3
Arbeitslosenquote	%	7,0	7,4	7,3	7,2
Budgetsaldo	% des BIP	-4,7	-5,0	-4,5	-4,0

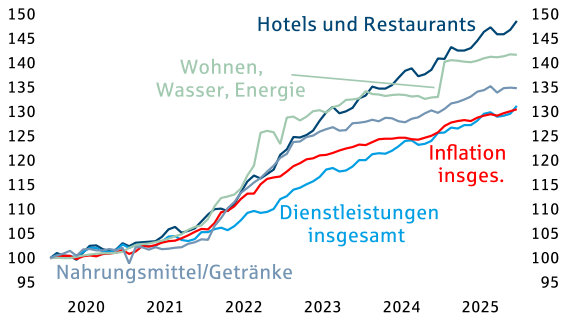
*kalenderbereinigt; Quellen: EU, Eurostat, Helaba Research & Advisory

Die **Klimaindikatoren** hellen sich auf, nur die Stimmung im Bausektor stagniert. Das Konsumentenvertrauen verbesserte sich zuletzt. Der Einkaufsmanagerindex im Verarbeitenden Gewerbe erreichte im November und im Dezember die höchsten Werte seit 2022 und beim Industrievertrauen zeigt der Trend seit rund einem Jahr aufwärts. Die regelmäßige Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken signalisiert im zweiten Halbjahr 2025 eine Trendwende hin zu einer höheren Nachfrage nach Unternehmenskrediten.

Inflation trotz des Aufschwungs niedriger

Seit Anfang 2020 sind die Verbraucherpreise um rund 30 % gestiegen. Deutlich über diesem Durchschnitt lag der Preisanstieg in Hotels und Gaststätten, ebenso bei Mieten und bei Haushaltsenergie. Zu Jahresbeginn liefen Energiepreishilfen aus, was die Inflation befeuerte. Dieser Effekt entfällt 2026. Zudem soll das **„Günstiger-Strom-Gesetz“** Haushaltskunden entlasten. Es enthält einen Sozialtarif für einkommensschwache Haushalte, die schnellere Weitergabe von Preissenkungen an Endkunden sowie Maßnahmen zur effizienten Nutzung des Stromnetzes. Auch für Gewerbebetriebe sinken die Stromkosten. Im nächsten Jahr ist darüber hinaus ein vergünstigter Industriestrompreis geplant.

Preistreiber Hotel- und Gastgewerbe
Inflation mit ausgewählten Teilindizes, 2015 = 100



Quellen: Macrobond, Helaba Research & Advisory

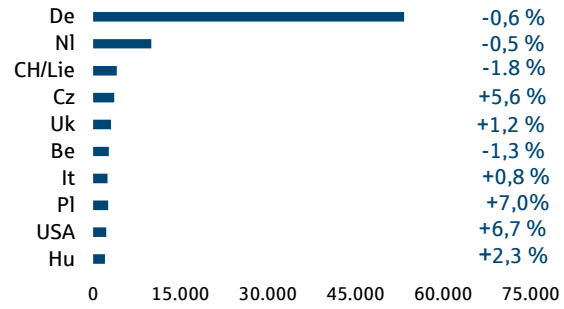
Angekündigt ist außerdem eine **Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel**, die ab Mitte des Jahres preisdämpfend wirkt und teilweise durch eine Paketabgabe auf Sendungen aus Drittstaaten finanziert werden soll. Insgesamt dürfte die **Inflation 2026 mit 2,5 %** trotz des stärkeren BIP-Wachstums deutlich unter dem Wert des Vorjahrs liegen.

Tourismus: Gute Aussichten trotz hoher Preise

Andere Bestandteile der Inflation, wie die **Preise in Hotels und Restaurants,** dürften weiterhin eine Rolle spielen. Dass die Preise im Gastgewerbe zu den Inflationstreibern gehörten, könnte ein Grund dafür sein, dass sich die **Übernachtungszahlen** 2025 zunächst teilweise nicht so dynamisch entwickelten wie im Vorjahr: Von Januar bis November 2025 legten sie gegenüber dem Vorjahreszeitraum zwar insgesamt leicht zu, aus den Hauptherkunftsländern waren sie jedoch rückläufig. Bei den inländischen Gästen blieben die Zahlen bis November 2025 fast unverändert, während im Vorjahreszeitraum noch eine leichte Steigerung verbucht werden konnte.

2025: Hoffnung auf schwungvolle Wintersaison

Übernachtungen, Tsd.*



*Januar bis November 2025

Quellen: Statistik Austria, Helaba Research & Advisory

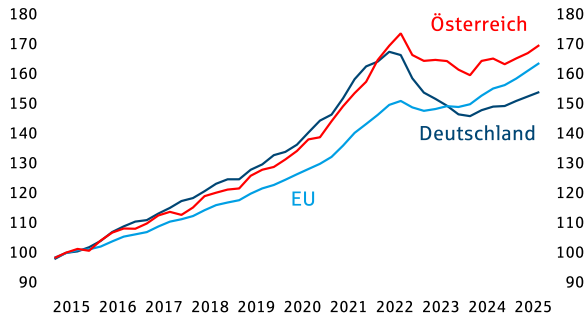
Die **Wintersaison 2025/2026 startete allerdings schwungvoll**: Zum Auftakt im November stiegen die Übernachtungszahlen gegenüber dem Vorjahr um 3,4 %. Hoteliers und Gastronomen dürften somit gespannt verfolgen, ob sich die positive Einschätzung der Winterpotenzialstudie des nationalen Tourismusvereins bewahrheitet.

Wohnungsmarkt: Aussichten leicht aufgehellt

Wie in Deutschland besteht auch in Österreich Wohnraummangel mit steigenden Mieten und Immobilienpreisen. In der Pandemie bewegten sich die Hauspreise zunächst weiter aufwärts, korrigierten dann aber vor dem Hintergrund deutlich verteuerter Lebenshaltungskosten und wachsender konjunktureller sowie geopolitischer Unsicherheit. Die jüngste Umfrage bei Banken signalisiert eine solide Vergabe von Wohnbaukrediten. Anhaltend schwache Baugenehmigungen und Fertigstellungen lassen darauf schließen, dass die Hauspreise den begonnenen Aufschwung fortsetzen und **2026 im Durchschnitt um rund 3 %** zulegen. Noch bis zur Jahresmitte entfallen bei einer Immobilie, die als Hauptwohnsitz genutzt wird, die Gebühren für die Eintragung ins Grundbuch und von Pfandrechten, zusammen 2,3 % des Kaufpreises. Für den ein oder anderen Kaufinteressenten könnte dies die Entscheidung für den Erwerb von Wohneigentum beschleunigen.

Erholung der Hauspreise festigt sich

Eurostat Hauspreis-Index, 2015 = 100



Quellen: Macrobond, Helaba Research & Advisory

Auf dem Mietmarkt soll die seit 1. Januar **ausgeweitete Mietpreisbremse** die Kostensituation für Mieter entspannen. Die bisherigen Markteingriffe brachten offenbar nicht den gewünschten Erfolg. Ob die neue Regelung im Sinne der Mieter ist oder eher zu zusätzlichem Preisdruck bei Neuvermietungen führt, bleibt abzuwarten.

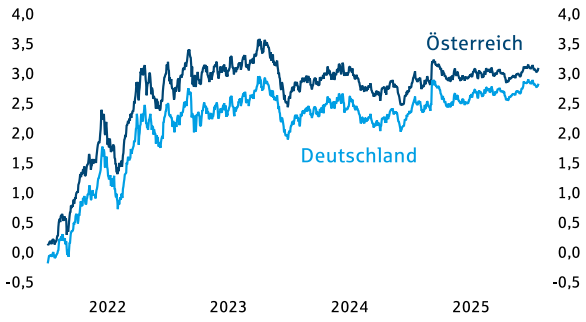
Öffentliche Haushalte angespannt

Die Wirtschaftspolitik der Regierung mit inflationssenkenden und konjunkturfördernden Maßnahmen wirft die Frage auf, wie sich dies mit den klammen öffentlichen Haushalten verträgt. Im Laufe von 2025 haben mehrere Rating-Agenturen die **Bonität Österreichs skeptischer beurteilt**. Neben dem schwachen Wirtschaftswachstum spielte dabei die Haushaltslage eine wichtige Rolle. Zudem lässt die Demografie – ähnlich wie in Deutschland – darauf schließen, dass die nächsten Jahre auch für den Finanzminister herausfordernd sein werden. Der Haushaltsfehlbetrag lag 2024 bei 4,7 % des BIP (EU-Richtwert: 3 %) und hat 2025 voraussichtlich weiter zugenommen. Im Sommer eröffnete die EU daher ein **Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits.** Sie wird die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Frühjahr erneut bewerten, wenn die Daten für 2025 vorliegen.

Auch wenn ausufernde Haushalte in der EU ein häufiges Phänomen sind, belastet die steigende Verschuldung in Höhe von rund 80 % des BIP. Bereits seit 2022 haben höhere Leitzinsen der EZB und geopolitische Aspekte die **Verzinsung der Staatsanleihen** nach oben getrieben. Der erwartete Wirtschaftsaufschwung sollte zwar den Schuldenabbau unterstützen, dürfte in Kombination mit den genannten wirtschaftspolitischen Maßnahmen aber ähnlich anspruchsvoll sein wie die Quadratur des Kreises.

Billiges Geld war vorgestern

Rendite 10-jähriger Staatsanleihen, %



Quellen: Macrobond, Helaba Research & Advisory

Die Sanierungsmaßnahmen dürften bei den Wählern kaum für Applaus sorgen. **Einsparungen** gibt es etwa bei Maßnahmen zur Abfederung des Klimawandels (Klimaticket, Klimabonus), bei der Erhöhung von Renten und Löhnen im öffentlichen Sektor, bei Verwaltungsausgaben und bei der sogenannten Bildungskarenz (staatlich finanzierter Bildungsurlaub von bis zu zwölf Monaten). Zusätzliche Einnahmen sollen z.B. über Steuern generiert werden (Spitzensteuer, Tabak- und Bankensteuer etc.). Schrittweise Reformen sind bei der Rentenversicherung geplant. Die Haushaltssanierung hat bis 2029 einen Umfang von 54 Mrd. Euro (rund 10 % des BIP), zum großen Teil auf der Ausgabenseite. Der von den Bundesländern Ende 2025 höher als erwartet gemeldete Fehlbetrag erschwert die Umsetzung.

Für die Opposition sind Phasen der Haushaltskonsolidierung Profilierungsgelegenheiten. Entsprechend hat die Unterstützung für die FPÖ laut Umfragen seit der Nationalratswahl Ende September 2024 deutlich auf derzeit rund 36 % zugenommen, gegenüber 29 % zum Wahltermin und den aktuell 19 % der ÖVP, die eine Koalition der Mitte mit den liberalen Neos und der SPÖ anführt. Abgesehen davon, dass die Zeit insbesondere für strukturelle Reformen drängt, deren Wirkung sich oft erst mit größerer Zeitverzögerung entfaltet, ist es strategisch sinnvoll, Einsparmaßnahmen früh in der Legislatur anzugehen, um vor dem nächsten **Wahltermin 2029** die Chancen auf einen positiven Eindruck bei den Wählern zu wahren.

Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:
https://news.helaba.de/research/

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research & Advisory

Redaktion:
Dr. Stefan Mitropoulos

Verantwortlich:
Dr. Gertrud Rosa Traud
Chefvolkswirtin/
Head of Research & Advisory

Neue Mainzer Str. 52-58
60311 Frankfurt am Main
T +49 69 / 91 32 – 20 24

Internet: www.helaba.com

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.